

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES VON CHUR

Datum 20. Juni 2002

Dauer 14.00 - 19.05 Uhr

Anwesend

Präsidentin Anna Ratti

Mitglieder	Dorina Attinger-Vincenz	Eva Ködderitzsch
	Fred Bieler	Emilio Arioli
	Barla Cahannes Renggli	Ernst Casty
	Dr. Luca Tenchio	Fritz Imholz
	Urs Schädler	Reto A. Lardelli
	Peter Suter	Christina Bandli
	Andrea Ullius	Dr. Cristian Collenberg
	Marco Willi	Beda Frei
	Peter Zürcher	Raimund Hächler
		Sandro Steidle

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
 Stadtrat Martin Jäger
 Stadtrat Roland Tresp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Entschuldigt Gieri Derungs (krank)

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 16. Mai 2002
2. Ersatzwahl in die Forst-, Alp- und Marktkommission
(Rest Amtsdauer 2001-2004)
3. Initiative „Pro Brambrüeschbahn“ Botschaft Nr. 24/2002
4. Gewerbliche Berufsschule Chur;
Instandsetzung Gebäudehülle Botschaft Nr. 25/2002
5. Bahnhof (Bahnhofplatz - Gürtelstrasse);
Bahnhofunterquerung Botschaft Nr. 26/2002
6. Bahnhofgebiet Chur; Gesamtüberbauungsplan und
Umweltverträglichkeitsbericht Botschaft Nr. 28/2002
7. Finanzplan 2003-2005 Botschaft Nr. 27/2002
8. Verwaltungsbericht und Jahresrechnung 2001 Botschaft Nr. 31/2002
 - a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2001
 - b) Bericht des Stadtrates zu den hängigen Motionen
und Postulaten
9. Postulat Reto A. Lardelli und Mitunterzeichnende
betreffend Beseitigung von Graffitis und anderen
Wandschmierereien; Bericht Nr. 30/2002
10. Interpellation Luca Tenchio und Mitunterzeichnende
betreffend Briefpostzentrum Chur; Beantwortung Nr. 29/2002
11. Schriftliche Anfrage Cristian Collenberg zum Französisch-
unterricht auf der Sekundarstufe der städtischen Schule;
Beantwortung Nr. 32/002

1. Protokoll der Sitzung vom 16. Mai 2002

Das Protokoll der Sitzung vom 16. Mai 2002 wird einstimmig genehmigt.

2. Ersatzwahl in die Forst-, Alp- und Marktkommission (Rest Amtsdauer 2001-2004)

Als Ersatz für den zurückgetretenen Bruno Sieber schlägt die SP-Fraktion Martin Heim, Architekt mit eigenem Büro in Chur, vor.

Abstimmung:

Martin Heim wird einstimmig als Mitglied der Forst-, Alp- und Marktkommission gewählt.

3. Initiative „Pro Brambrüeschbahn“

Mit Botschaft Nr. 24/2002 beantragt der Stadtrat:

1. Die Volksinitiative „Pro Brambrüeschbahn“ sei für rechtsgültig zu erklären.
2. Die Volksinitiative „Pro Brambrüeschbahn“ sei der Stimmbürgerschaft zur Ablehnung zu empfehlen.

- **Antrag Steidle**

Es sei eine gemeinderätliche Fünfer-Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag zur eingereichten Volksinitiative auszuarbeiten.

Der Gegenvorschlag bezwecke eine vernünftige Erschliessung des Naherholungsgebiets Brambrüesch, begründet **Steidle** seinen Antrag. Dem Argument, der Betrieb einer Bergbahn gehöre nicht zu den Kernaufgaben der Stadt Chur, sei entgegenzuhalten, dass die Sportanlagen Obere Au bedeutend mehr kosteten. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass die Churer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vor einigen Jahren mit grossem Mehr einem Millionenkredit für die Brambrüeschbahn zugestimmt hätten, der dann nicht benötigt worden sei.

Die **Gegner** argumentieren zum einen mit ordnungspolitischen Argumenten, stellen zum anderen aber auch die Konkurrenzfähigkeit der Brambrüeschbahn in einem zunehmend attraktiver werdenden Umfeld in Frage. Die Befürworter liessen auch die Frage unbeantwortet, wo die Stadt das Geld hernehmen solle. Eine

Beteiligung der Stadt werde zudem weitere Forderungen nach sich ziehen. Zum Vorschlag, eine gemeinderätliche Kommission einzusetzen, wird gefragt, ob dies Aufgabe der Politik sei. Auch müsste sich eine solche Kommission mit Fachleuten verstärken.

Der Stadtrat anerkenne Brambrüesch als Naherholungsgebiet, führt der **Stadtpräsident** aus. Der Stadtrat müsse eine gesamtheitliche Betrachtung aller Interessen der Stadt vornehmen. Es könne keine Kernaufgabe der Stadt sein, eine Bergbahn mit namhaften Beiträgen zu unterstützen. Der Konkurrenzkampf unter den Bergbahnen werde immer härter, und in der Umgebung von Chur habe es zahlreiche Angebote, die weit attraktiver seien. Eine Annahme der Initiative würde zudem ein finanzielles Abenteuer bedeuten.

Abstimmung:

Der Antrag Steidle wird mit 12 gegen 8 Stimmen **abgelehnt**.

- **Antrag Steidle**

Die Volksinitiative „Pro Brambrüeschbahn“ sei der Stimmbürgerschaft zur Annahme zu empfehlen.

Schlussabstimmung:

- Ziff. 1 des stadträtlichen Antrags wird einstimmig zum Beschluss erhoben.
- Gegenüberstellung Antrag Steidle / Ziff. 2 des stadträtlichen Antrags: Der Rat ist mit 11 gegen 8 Stimmen bei 1 Enthaltung für den Antrag des Stadtrates.

4. Gewerbliche Berufsschule Chur; Instandsetzung Gebäudehülle

Mit Botschaft Nr. 25/2002 beantragt der Stadtrat:

Für die Instandsetzung der Gebäudehülle der Gewerbeschule wird ein Kredit von Fr. 6'000'000.-- bewilligt (Konto 231.503).

- **Antrag** Hächler

Die Fensterbrüstungen werden, soweit technisch möglich und sinnvoll, wärmetechnisch saniert, im Rahmen des gegebenen Kredites.

Ansonsten ist das Geschäft sachlich unbestritten. Kritisiert wird, dass die Vorlage zu kurzfristig vorgelegt wird. Auch wird ein Überblick über die gesamten notwendigen Sanierungsarbeiten gewünscht. In der Botschaft sei angedeutet, dass auch noch die Dächer saniert werden müssten. Hinzu kommen einige Detailfragen technischer Natur.

Stadtrat **Trempp** verweist auf den notwendigen Pilotversuch, dessen Resultate im November 2001 vorgelegen hätten. Darauf habe man mit den umfangreichen Vorbereitungsarbeiten begonnen. Es habe sich dann gezeigt, dass ein rasches Durchziehen der Sanierung am kostengünstigsten sei und zudem auch den Schulbetrieb am wenigsten belaste. Eine gesamtheitliche Betrachtung aller Sanierungsarbeiten sei notwendig. Die Dachsanierungen würden kommen, momentan sei die Situation jedoch noch nicht akut. Zum Antrag Hächler: Nicht alles, was energetisch wünschbar sei, sei auch bauphysikalisch sinnvoll. Der Einbau neuer Fenster mit sehr gutem K-Wert verbessere die Wärmeisolation ganz massiv. Die Abklärungen hätten klar gezeigt, dass es nicht sinnvoll sei, bei den Brüstungen zusätzlich eine thermische Isolation anzubringen.

Abstimmung:

Der Antrag Hächler wird mit 10 gegen 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

5. Bahnhof (Bahnhofplatz - Gürtelstrasse); Bahnhofunterquerung

Mit Botschaft Nr. 26/2002 beantragt der Stadtrat:

Das Projekt Bahnhof (Bahnhofplatz - Gürtelstrasse); Bahnunterquerung, wird genehmigt und ein Kredit von Fr. 1'665'000.-- bewilligt (Konti 710.501.149, 70.502.9950, 862.502.9949).

Nochmals aufgegriffen wird das Anliegen, die alte Unterführung für eine Velo-Verbindung zwischen Alt- und Neustadt zu nutzen.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

6. Bahnhofgebiet Chur; Gesamtüberbauungsplan und Umweltverträglichkeitsbericht

Mit Botschaft Nr. 28/2002 beantragt der Stadtrat:

1. Die 4. Änderung des Gesamtüberbauungsplanes (GÜP) „Bahnhofgebiet Chur“, bestehend aus den in Art. 4 der Quartierplanbestimmungen aufgeführten Bestandteilen, wird genehmigt.
2. Die vorgesehenen Verkehrs- und Umweltschutzmassnahmen gemäss Ziffer 11.3 und Anhang 5.1 des Umweltverträglichkeitsberichts (UVB) „Areal F Bahnhof Chur“ bilden integrierenden Bestandteil dieser Genehmigung. Die Massnahmen sind vor Inbetriebnahme des Parkhauses Bahnhof durch die Bauherrschaft bzw. die Stadt Chur zu realisieren.

3. Die beantragten Auflagen des Amtes für Umwelt Graubünden (AfU) in der Stellungnahme zum GÜP und im 3. Kapitel Ziffer 2 des Beurteilungsberichtes zum UVB vom 29. April 2002 bilden mit Ausnahme der Begrenzung der Gesamtparkplatzzahl ebenfalls integrierenden Bestandteil dieser Genehmigung.
4. Die 4. Änderung des GÜP ist im Grundbuch anzumerken.
5. Gegen diesen Entscheid des Gemeinderates kann innert 20 Tagen seit Zustellung beim Verwaltungsgericht Graubünden Rekurs eingereicht werden. Der Rekurs hat das Rechtsbegehren, den Sachverhalt mit den Beweismitteln sowie eine Begründung zu enthalten.
6. Für die Behandlung des GÜP ist durch SBB, RhB und Stadt Chur eine Gebühr von total Fr. 5000.-- zu bezahlen (Kostendrittellung).

- Antrag **Tenchio**:

Über die 4 Einspracheentscheide des Gemeinderates sei in einem separaten Punkt abzustimmen.

Lardelli meint, es müsse über jede Einsprache einzeln abgestimmt werden. Zudem äussert er sich materiell zu einzelnen Einsprachen.

Stadtrat **Trempp** teilt mit, dass eine der eingegangenen Einsprachen in der Zwischenzeit zurückgezogen wurde. Anschliessend nimmt er Stellung zu einzelnen Einsprachen.

Abstimmungen:

Die **Gemeinderatspräsidentin** verliest jeweils das Dispositiv.

- Einsprache Rudolf Mettler-Stüssi: Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum **Beschluss** erhoben.
- Einsprache Berner Versicherung: Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum **Beschluss** erhoben.

- Einsprache Erbenngemeinschaft: Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum **Beschluss** erhoben.
- Einsprache Winterthur Versicherung: **zurückgezogen**

- **Antrag Collenberg**

In Ziffer 3 wird der Teil „mit Ausnahme der Begrenzung der Gesamtparkplatzzahl“ gestrichen.

Die Diskussion um den Gesamterschliessungsplan habe zu einer Begrenzung der Höchstparkplatzzahlen nach Rayons geführt, begründet **Collenberg** seinen Antrag. Im Wissen, dass es sich vorliegend um eine Absichtserklärung handle, sei die SP-Fraktion der Ansicht, dass eine Gesamtparkplatzzahl von 1'000 genügen würde.

In zwei Voten wird darauf hingewiesen, dass das neue Parkplatzangebot Mehrverkehr verursachen und allenfalls ein Ausbau der Gürtelstrasse nötig werde.

Die Festlegung der Anzahl Parkplätze könne erst erfolgen, wenn Klarheit über die künftige Ausgestaltung des Areals bestehe, führt Stadtrat **Trempp** aus. Die SBB bräuchten das Gelände noch mindestens bis ins Jahr 2004 als Installationsplatz. Zudem stünden die Investoren nicht gerade Schlange.

Schlussabstimmung

- Ziff. 1 des stadträtlichen Antrags wird einstimmig zum Beschluss erhoben.
- Ziff. 2 des stadträtlichen Antrags wird einstimmig zum Beschluss erhoben.
- Ziff. 3:
 - Auf den Antrag Collenberg entfallen 7 Stimmen
 - Auf den Antrag des Stadtrates entfallen 13 Stimmen
- Die Ziff. 4 - 6 des stadträtlichen Antrags werden in globo einstimmig zum Beschluss erhoben.

7. Finanzplan 2003-2005

Mit Botschaft Nr. 27/2002 beantragt der Stadtrat:

Der Gemeinderat nimmt vom Finanzplan 2003 - 2005 Kenntnis.

Sämtliche Redner äussern sich besorgt über die unbefriedigende Prognose zur Entwicklung des städtischen Haushalts.

Für **Frei** bildet die Investitionsplanung den Stein des Anstosses. Zahlreiche Vorhaben, etwa das neue Verwaltungsgebäude oder die Sanierung der Dächer der GBC, seien gar nicht enthalten. Die SP-Fraktion erwarte vom Stadtrat nicht nur eine Beschreibung der Faktenlage, sondern es gelte, die möglichen Handlungsspielräume für die nächsten Jahre aufzuzeigen. Die SP-Fraktion beantrage aus diesen Gründen Rückweisung des vorliegenden Finanzplanes. Sie erwarteten eine Neuauflage, die als Orientierungsinstrument für die Öffentlichkeit tauge.

Der Stadtrat sei der Auffassung, dass der vorliegende Finanzplan den Anforderungen eines Orientierungsinstruments genüge, führt der **Stadtpräsident** aus. Auch wenn sicherlich noch Verbesserungen möglich seien, habe der Stadtrat den Handlungsbedarf aufgezeigt. Die Investitionsbegehren der Dienststellen seien ungefiltert in den Finanzplan aufgenommen worden; sie würden dann im Rahmen des Voranschlags hinterfragt. Er frage sich, ob der Gemeinderat den Finanzplan zurückweisen könne, da er diesen nur zur Kenntnis nehmen müsse.

Frei erklärt Rückzug seines Antrags.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat nimmt den Finanzplan 2003 - 2005 einstimmig zur Kenntnis.

8. Verwaltungsbericht und Jahresrechnung 2001

Für die Beratung dieses Traktandums nehmen **Gion Foppa** und **Albin Bislin** von der Finanzverwaltung Einsitz.

a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2001

Mit Botschaft Nr. 31/2002 beantragt der Stadtrat:

1. Der Verwaltungsbericht 2001 der Stadt Chur wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2001
mit einem Aufwand von Fr. 286'131'134.65
und einem Ertrag von Fr. 286'564'559.48
sowie einem Ertragsüberschuss von Fr. 433'424.83
wird genehmigt.
3. Die Investitionsrechnung 2001 mit Nettoinvestitionen von Fr. 20'512'179.48 wird genehmigt.

- **Antrag** der GPK

Die GPK schliesst sich dem Antrag des Stadtrates zur Jahresrechnung an und beantragt zusätzlich, die in die Kompetenz des Gemeinderates fallende Nachtragskreditliste zu genehmigen.

Die **Gemeinderatspräsidentin** schlägt folgende Reihenfolge vor: Verwaltungsbericht, dann Jahresrechnung und parallel dazu den Bericht der GPK. Dann Abstimmung über die stadträtlichen Anträge, dann der Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen.

Eintreten zu Rechnung und Verwaltungsbericht ist **unbestritten**.

- **Antrag** Tenchio

Verwaltungsbericht, Jahresrechnung und GPK-Bericht seien gleichzeitig und departementsweise zu beraten.

Abstimmung:

Der Rat stimmt mit 8 gegen 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Mit Stichentscheid der Präsidentin wird der Antrag **abgelehnt**.

Verwaltungsbericht

Seite 25: Frau **Bandli** stellt eine Frage zur Liegenschaftenpolitik, die vom Stadtpräsidenten beantwortet wird.

Seite 30: **Schädler** stellt eine Frage zum Amt für Telematik als FLAG-Amt, die vom Stadtpräsidenten beantwortet wird.

Seite 38: **Hächler** macht im Zusammenhang mit dem Abbruch der Liegenschaft Kronenhof die Feststellung, dass in Chur ein Mangel an preisgünstigen Wohnungen herrsche. Zwei weitere Redner stellen Anschlussfragen an den Stadtpräsidenten.

Seite 40: **Hächler** stellt eine Frage zur Rasenpflege in den Freibädern, die vom Stadtpräsidenten beantwortet wird.

Seite 40: Frau **Ködderitzsch** stellt eine Frage zur McDonalds-Werbung in der Oberen Au, die vom Stadtpräsidenten beantwortet wird.

Seite 43: **Steidle** bezieht sich auf eine Medienmitteilung der Stadtpolizei auf chur.ch vom 28. Mai betreffend Verhalten in Verkehrskreiseln und Informationskampagnen, die vom Stadtpräsidenten beantwortet wird.

Seite 54: Frau **Bandli** stellt eine Frage zur Zunahme der Sprechstunden bei der Schulzahnklinik, die von Stadtrat Jäger beantwortet wird.

Seite 59: Frau **Bandli** stellt eine Frage zur Kündigung des Sozialdienstes gegenüber dem Kanton, die von Stadtrat Jäger beantwortet wird.

Seite 60: **Collenberg** stellt eine Frage zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, die von Stadtrat Jäger beantwortet wird.

Seite 62: Frau **Bandli** erkundigt sich, ob es für Feuerwehrleute ein Coaching zur Bewältigung schwieriger Situationen gebe. Antwort durch Stadtrat Jäger.

Seite 69: **Collenberg** stellt eine Frage zum Untertor-Kreisel, die von Stadtrat Tresp beantwortet wird.

Seite 87: **Hächler** gibt eine Erklärung zur Erdgasversorgung ab. Er wehre sich gegen die Aussage, dass mit dem Einsatz von Erdgas Energie gespart werden könne.

Tenchio lobt im Namen der CVP-Fraktion den Stadtrat für den neu gestalteten Verwaltungsbericht.

Jahresrechnung 2001

1039.30, Versicherungsprämien: **Willi** macht Ausführungen zur „Versicherungspolitik“ der Stadtverwaltung. Ob die Stadt den Einsatz eines Brokers oder ein Outsourcing geprüft habe? Die Fragen werden durch Stadtpräsident und Stadtschreiber beantwortet.

3650, **Hächler** stellt fest, dass die Stadtbuss Chur AG erhebliche Mehrkosten zu gewärtigen hatte infolge Verkehrsstaus und verweist auf die Anliegen seines Postulats für einen zuverlässigen attraktiven öffentlichen Nahverkehr. Der Stadtpräsident nimmt dazu Stellung.

3655, **Schädler** erkundigt sich, wie weit die Arbeiten für ein neues Erscheinungsbild gediehen sind. Der Stadtschreiber gibt Antwort.

Schlussabstimmungen:

Einstimmig fällt der Gemeinderat folgende Beschlüsse:

- Der Verwaltungsbericht des Stadtrates für das Jahr 2001 wird genehmigt.
- Die Jahresrechnung 2001 wird gemäss Antrag des Stadtrates genehmigt.
- Die Investitionsrechnung 2001 wird gemäss Antrag des Stadtrates genehmigt.
- Die Liste mit den Nachtragskrediten wird genehmigt.

b) Bericht des Stadtrates zu den hängigen Motionen und Postulaten

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat mit dem Verwaltungsbericht 2001 den Bericht zu den hängigen Motionen und Postulaten vor.

Die **Gemeinderatspräsidentin** schlägt vor, nur diejenigen Vorstösse zu behandeln, bei denen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird.

Tenchio hält es für falsch, wenn heute materiell über Anträge auf Abschreibung befunden wird. Der vorliegende Bericht sei jedoch gut als Standortbestimmung.

Der **Stadtpräsident** führt aus, dass ein Teil der Vorstösse im Rahmen einer Botschaft mittels separater Ziffer zur Abschreibung beantragt werde. Andererseits gebe es aber immer wieder Vorstösse, die sich als hinfällig erwiesen.

Abstimmungen:

- Die Motion Näf betreffend Wirtschaftsförderung vom 15. Mai 1997 wird mit 19 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgeschrieben**.
- Das Postulat Lardelli betreffend Gastwirtschaftsgesetz für die Stadt Chur wird einstimmig **abgeschrieben**.
- Das Postulat Suter betreffend Bahnhofneugestaltung wird einstimmig **abgeschrieben**.

9. Postulat Reto A. Lardelli und Mitunterzeichnende betreffend Beseitigung von Graffiti und anderen Wandschmierereien; Bericht

Mit Bericht vom 27. Mai 2002 (Geschäft Nr. 30/2002) beantragt der Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Lardelli wendet sich mit einem ausführlichen Referat gegen die Ablehnung des Postulats.

Hächler sieht nicht mehr Handlungsbedarf als das, was der Stadtrat in seiner Begründung ausführe. Mit dem Jugendförderungsgesetz sei ein wichtiger Schritt getan worden, um den Jugendlichen sinnvolle Freizeitbetätigungen zu bieten, ebenso mit dem Kulturförderungsgesetz.

Abstimmung:

Die Überweisung des Postulats wird mit 14 gegen 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

10. Interpellation Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Briefpostzentrum Chur; Beantwortung

Tenchio erklärt sich von der Beantwortung des Stadtrates (Geschäft Nr. 29/2002) teilweise befriedigt und wünscht sich eine aktivere Rolle der Stadt.

Der **Stadtpräsident** ergänzt, dass der Stadtrat Mitteilungen über Arbeitsplatzreduktionen in der Regel - leider - den Medien entnehmen müsse.

11. Schriftliche Anfrage Cristian Collenberg zum Französischunterricht auf der Sekundarstufe der städtischen Schule; Beantwortung

Collenberg erachtet die Frage 2 als ungenügend beantwortet.

Stadtrat **Jäger** macht ergänzende Ausführungen und beantwortet eine weitere Frage aus dem Rat.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Keine.

Chur, 22. August 2002

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder